

#### Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

27. September 2019

# Wochenbericht KW 39

#### forsa | Emnid | FG Wahlen | infratest dimap

Wähleranteile:	Union bei 27 %, SPD zwischen 16 % und 13 % Grüne zwischen 27 % und 21 %, AfD zwischen 15 % und 13 %
Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen weiterhin deutlich
Allgemeine Lebenslage:	Weniger Bürger sehen Entwicklung im Land negativ Weiterhin hohe Zufriedenheit mit der Lebensqualität in Deutschland, aber noch immer deutliche Unzufriedenheit mit der Versorgung von Pflegebedürftigen
Thema Bundesregierung:	Umwelt-/Klimapolitik
Wichtigstes Thema:	Klimawandel

Steffen Seibert

### Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	<b>Emnid¹</b> für BamS	FG Wahlen <sup>2</sup> für ZDF
CDU/CSU	27 (-)	27 (-2)	27 (-1)
SPD	15 (-)	16 (+1)	13 (-2)
FDP	8 (-)	7 (-1)	6 (-)
DIE LINKE	7 (-)	8 (-)	7 (-)
B'90/Grüne	22 (-)	21 (-)	27 (+3)
AfD	13 (-1)	15 (+1)	14 (+1)
Sonstige	8 (+1)	6 (+1)	6 (-1)
Erhebungszeitraum	1620.09.	1925.09.	2426.09.

Die Union liegt bei FG Wahlen 14 (+1), bei forsa 12 (-) und bei Emnid 11 (-3) Prozentpunkte vor der SPD.

Die Grünen liegen bei FG Wahlen bei 27 %. Dies ist der höchste Wert im ZDF-Politbarometer seit Beginn der uns vorliegenden Zeitreihe im Jahre 1998. Die Grünen liegen bei diesem Institut mit der Union gleichauf.

### Kanzlerpräferenz

#### Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
Kramp-Karrenbauer	17 (-1)	
Scholz	33 (+1)	
Kramp-Karrenbauer	18 (-)	
Habeck	34 (+2)	
Erhebungszeitraum	1620.09.	

Annegret Kramp-Karrenbauer liegt bei der Kanzlerpräferenz jeweils 16 (+2) Prozentpunkte hinter Olaf Scholz und Robert Habeck.

38 % (+1) der CDU/CSU-Anhänger präferieren Kramp-Karrenbauer und 28 % (+3) Scholz. Von den SPD-Anhängern würden sich 66 % (-1) für Scholz und 10 % (+2) für Kramp-Karrenbauer entscheiden.

Bei der Kanzlerpräferenz zwischen Kramp-Karrenbauer und Habeck sprechen sich 44 % (+3) der CDU/CSU-Anhänger für Kramp-Karrenbauer und 16 % (-) für Habeck aus; von den Anhängern der Grünen präferieren 66 % (+5) Habeck und 10 % (-) Kramp-Karrenbauer.

2

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (29.09.2019)

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> im Vergleich zur KW 36

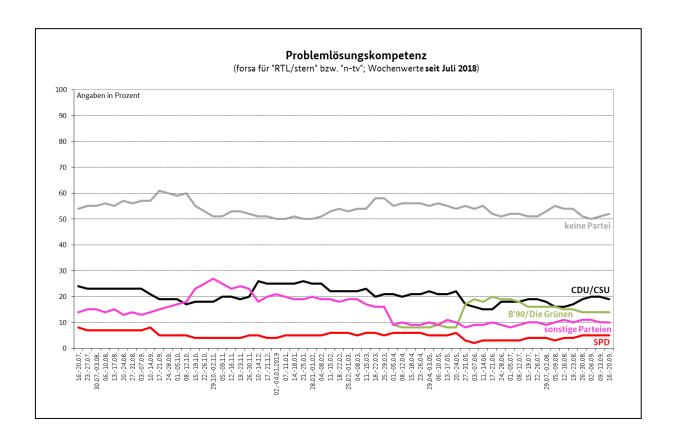
### Problemlösungskompetenz

#### Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/n-tv	
CDU/CSU	19	(-1)
SPD	5	(-)
Grüne	14	(-)
sonstige Parteien	10	(-)
keine Partei	52	(+1)
Erhebungszeitraum	1620.09.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 14 (-1) Prozentpunkte vor der SPD und 5 (-1) Prozentpunkte vor den Grünen.

Allerdings trauen 52 % (+1) die Lösung der Probleme keiner Partei zu.



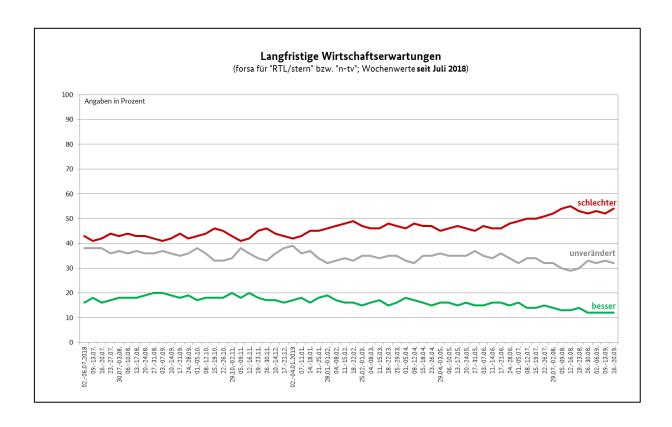
### Langfristige Erwartungen f ür die Wirtschaft

#### Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	12 (-)	
schlechter	54 (+2)	
unverändert	32 (-1)	
Erhebungszeitraum	1620.09.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche kaum verändert.

Der Anteil der Bundesbürger, der eine Verschlechterung der Wirtschaftsverhältnisse erwartet, liegt um 42 (+2) Prozentpunkte deutlich höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



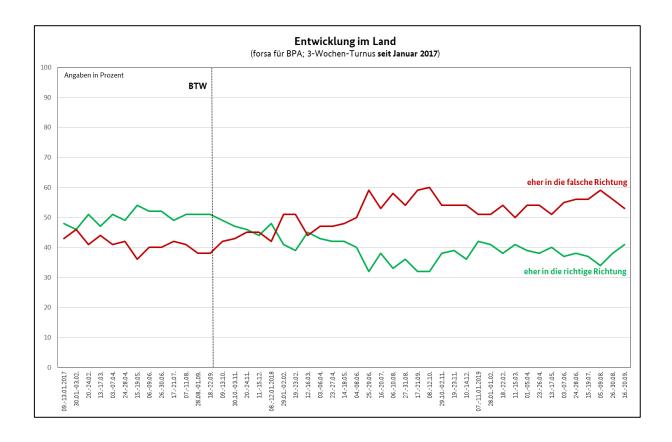
### Entwicklung im Land

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 36

0	
Die Dinge entwickeln sich	forsa <sup>für</sup> BPA
eher in die richtige Richtung	41 (+3)
eher in die falsche Richtung	53 (-3)
Erhebungszeitraum	1620.09.

Anhänger der Grünen (55 %) und der Union (54 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Entwicklung im Land eher in die richtige Richtung geht.

Für Anhänger der AfD (97 %) und der FDP (72 %) geht die Entwicklung hingegen überdurchschnittlich oft eher in die falsche Richtung.



#### Zufriedenheit in Lebens- und Problembereichen

forsa für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 36

Wie zufrieden sind Sie mit der/dem?	(sehr) weniger b zufrieden gar nich zufriede		ht	
Lebensqualität	87	(+3)	13	(-3)
Lage am Arbeitsmarkt	71	(+1)	25	(-)
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	54	(+1)	45	(-1)
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	45	(+2)	48	(-2)
Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern	40	(+6)	55	(-7)
Schul- und Bildungssystem	38	(-)	59	(-)
Integration von Zuwanderern und Ausländern	36	(+5)	61	(-4)
Ausmaß sozialer Gerechtigkeit	36	(+2)	63	(-2)
Umwelt- und Klimaschutz	33	(neu)	66	(neu)
Sicherung der Altersversorgung	30	(-)	67	(-1)
Versorgung von Pflegebedürftigen	25	(+2)	71	(-2)
Erhebungszeitraum		162	0.09.	

Jeweils eine Mehrheit der Bundesbürger zeigt sich mit der Lebensqualität (87 %), der Lage am Arbeitsmarkt (71 %) und dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität (54 %) zufrieden oder sehr zufrieden. In sieben von elf Bereichen ist mindestens die Hälfte der Bevölkerung hingegen weniger bzw. gar nicht zufrieden.

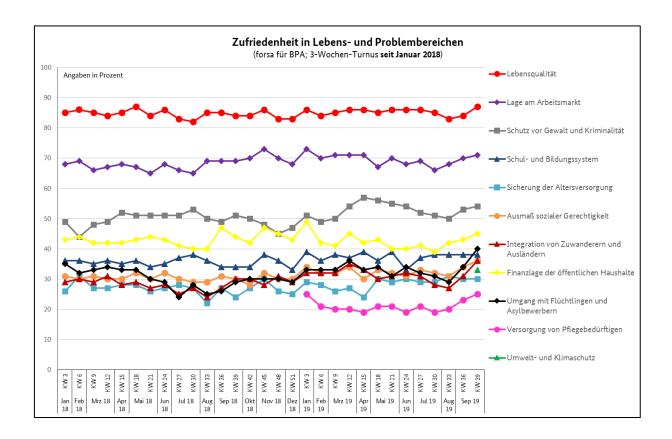
Anhänger der Grünen (76 %) und der Linkspartei (65 %) sind überdurchschnittlich häufig (sehr) zufrieden mit dem <u>Schutz vor Gewalt und Kriminalität</u>. Westdeutsche sind häufiger (sehr) zufrieden als Ostdeutsche (56 % zu 42 %), unter 30-Jährige häufiger als über 60-Jährige (73 % zu 44 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (65 % zu 40 %) und Gutverdiener bzw. Personen mit mittlerem Einkommen häufiger als Geringverdiener (58 % zu 38 %). Anhänger der AfD (84 %) sind überdurchschnittlich oft weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Anhänger der Grünen (82 %) sind besonders häufig unzufrieden mit dem Umwelt- und Klimaschutz.

Anhänger der AfD (86 %) und der Linkspartei (80 %) sind überdurchschnittlich oft unzufrieden mit der Sicherung der Altersversorgung, unter 60-Jährige öfter als über 60-Jährige (73 % zu 58 %).

Frauen sind mit der <u>Versorgung von Pflegebedürftigen</u> häufiger unzufrieden als Männer (77 % zu 65 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (76 % zu 61 %).

Die Zufriedenheit mit dem <u>Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern</u> und mit der <u>Integration von Zuwanderern und Ausländern</u> ist im Vergleich zur letzten Erhebung deutlich gestiegen (+6 bzw. +5 Prozentpunkte).



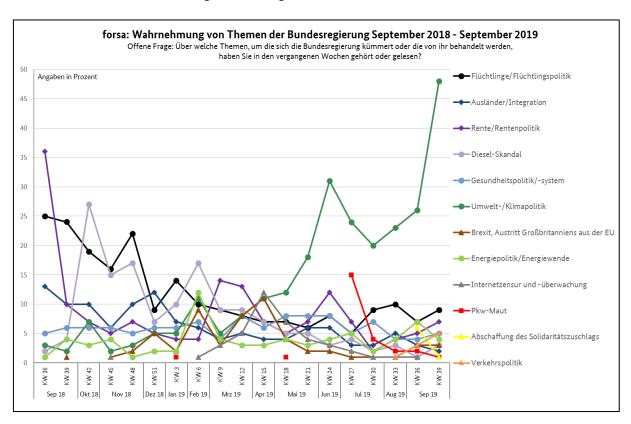
### Wahrnehmung von Themen der Bundesregierung

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 36

	for:	
Umwelt-/Klimapolitik	48	(+22)
Flüchtlinge/Flüchtlingspolitik	9	(+2)
Rente/Rentenpolitik	7	(+2)
Verkehrspolitik	5	(+2)
Gesundheitspolitik/-system	5	(+1)
Erhebungszeitraum	1620	0.09.

Die Umwelt- und Klimapolitik ist weiterhin das Thema, das die Deutschen in den vergangenen Wochen von der Bundesregierung am ehesten wahrgenommen haben und es hat im Vergleich zur letzten Erhebung nochmals erheblich an Bedeutung gewonnen (+22 Prozentpunkte).

Überdurchschnittlich oft wird es von Anhängern der Grünen (59 %) genannt. Über 45-Jährige nennen es häufiger als unter 45-Jährige (53 % zu 42 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (54 % zu 40 %) und Gutverdiener bzw. Personen mit mittlerem Einkommen häufiger als Geringverdiener (53 % zu 35 %).



## Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infra dim <sup>für B</sup>	ар
Klimawandel, globale Erwärmung, CO2-Ausstoß	34	(+11)
Umweltpolitik/-schutz	15	(+1)
Debatte um EU-Austritt Großbritanniens/Brexit/Johnson als Premier	12	(-)
Flüchtlinge/Ausländer in Deutschland, Asylpolitik, Integration, Abschiebungen	8	(-1)
Insolvenz Thomas Cook/Schwierigkeiten Condor	7	(neu)
Schülerstreik "Fridays for Future"/Greta Thunberg	6	(+3)
Erhebungszeitraum	242	5.09.

Auch in dieser Woche ist der Klimawandel das am häufigsten genannte Thema und es hat im Vergleich zur Vorwoche nochmals an Wichtigkeit gewonnen (+11 Prozentpunkte). Gutverdiener nennen es häufiger als Geringverdiener bzw. Personen mit mittlerem Einkommen (44 % zu 29 %) und Personen mit hoher bzw. mittlerer formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (37 % zu 27 %).

Über 50-Jährige erwähnen die Umweltpolitik bzw. den Umweltschutz öfter als unter 50-Jährige (20 % zu 11 %).

Gutverdiener (18 %) nennen das Thema "Debatte um EU-Austritt Großbritanniens/Brexit/Johnson als Premier" überdurchschnittlich oft. Über 65-Jährige beschäftigen sich häufiger damit als unter 35-Jährige (19 % zu 8 %) und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (18 % zu 6 %).

